Zeitschrift: Frauezitig : FRAZ

Herausgeber: Frauenbefreiungsbewegung Zürich

Band: - (1984-1985)

Heft: 11

Rubrik: Weiberräte

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 09.12.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Krise der Frauenbewegung

Weiberräte

Weiberräte

An der Sommeruni 1983 in Berlin wurde unter dem Motto «Frau ohne Politik — Politik ohne Frau» das erste Mal öffentlich über Weiberräte — Frauenliste diskutiert. Die Idee eines Weiberrates, ein Kind des Sozialistischen Frauenbundes, wurde dem 'alternativen Frauenrat' von Sybille Plogstedt gegenübergestellt.

Seit dem Frühjahr 1984 findet in Berlin und Hamburg eine recht lebhafte Auseinandersetzung statt (leider oft auch am Inhalt vorbei), wie Weiberräte funktionieren könnten. Sehr viele Einwände von Feministinnen der autonomen Bewegung und bereits deren Austritt aus dem in der Zwischenzeit gegründeten Weiberrat Hamburg. Dieser arbeitet zur Zeit zu den Themen Bevölkerungspolitik, Abtreibung, Familienpolitik. Vorgesehen sind Aktivitäten für die Veränderung des Wahlrechts, d.h. dass Frauen direkt gewählt werden können und zusammen mit der «Initiative 6. Oktober» mit der Forderung, 50% Frauen als Kandidatinnen aufzustellen, an alle Parteien zu gelangen.

Wir veröffentlichen im Folgenden einen Artikel von Kornelia Hauser, der in MOZ («Moderne Zeiten», Hannover) 6/84 erschienen ist, ein Diskussionsbeitrag zur Weiberratsdebatte in Deutschland, der uns aber auch im Hinblick auf die in Zürich begonnene Diskussion noch interessant scheint. Kornelia Hauser ist Mitglied in der autonomen Frauenredaktion des ARGUMENT und Mitglied des Sozialistischen Frauenbundes Hamburg.

Ein Aufruf, neue Wege zu beschreiten!

Staatliche Ordnung und alltägliches Chaos

Niedergang der Frauenbewegung? Angesichts der Schwierigkeiten, über gemeinsame Aktivitäten zu diskutieren, Einigungen herzustellen, der «Abwanderung» von Frauen aus der «eigenen» Bewegung in Organisationen von Friedensstreitern, Grünen und Alternativen ist dies sicher eine «wahre» Behauptung. Verzweifeltes Klagen und Festhalten an dem, was schon gewonnen wurde, kurz: die Stellung zu halten, ist eine Folge solcher Sichtweise.

Jetzt ein anderer Blick: die Probleme gesellschaftlicher Umbrüche werden zu neuen Aufbrüchen genutzt. In Bayern gibt es reine Frauenlisten, in Frankfurt ist eine geplant, nordrhein-westfälische SPD'lerinnen drohen mit Wahlboykott, die Grünen haben einen Frauenblock als Fraktionssprecherinnen, die CDU-Frauen brachen zum Thema § 218 die Freiheit zum Fraktionszwang und gingen gegen die Männer zum Redepult. Bemerkenswert, dass in der Bundestagsdebatte über Frauenarbeitslosigkeit und -diskriminierung (12.4.84) die CDU-Frauen den grünen Frauen aus unterschiedlichen Fraktionen einander lobten und Mut zusprachen für weiter «Knochenarbeit» im Parlament und überall. Luc Jochimsen holte sich ins Frauenforum (NDR, 15.5.1984) eine Münchner SPD-Abgeordnete und eine CSU-Stadträtin aus Regensburg, die beide zwar die meisten Stimmen im Wahlkampf einholten, aber nicht den Bürgermeister-Sessel (den dritten, bzw. zweiten) einnehmen durften. Es sprachen keine geschlagen Resignierten, aber nachdrücklich Beharrende und von den politischen Geschlechterverhältnissen Be-Lehrte. Die Kämpfe sollen weitergehen, «mit uns muss man(n) rechnen!»

Niedergang und Aufbruch kommen wie aus unterschiedlichen Welten, einander nicht einmal feindlich gesonnen, aber überwiegend auch ohne Berührung miteinander. Die von «unten» kommende, unorganisierte Frauenbewegung, dezentral an vielen Stellen arbeitend, versucht sich an manchen Punkten neu zu formieren, stösst dabei auf neue, aufflammende alte Konflikte. Zum Beispiel, dass «autonome» und «organisierte» Frauen hauptsächlich der Streit miteinander verbinde; dass Berührungen mit Machtzentren die «Autonomie» gefährden würden und ein zu hohes Ziel seien, insofern nichts dafür spräche, dort selbst Macht zu erlangen.

Die Diskussion um eine solches Machtzentrum — das Parlament — wird auf diese Weise verhindert; die darin sind, machen es zunehmend zu einer «Frauenfrage»; die, die ausserhalb arbeiten, beharren auf Nichteinmischung in solchen «Institutionen». Diese Konstellation verhindert nicht nur den «massenhaften Einzug» von Frauen ins Parlament, sie verunmöglicht auch die Unterstützung der parlamentarischen Frauen durch feministische Basen. Die Parlamentsfrage scheint uns ein zentrales, sofort anzugehendes Problem. Schon fallen Entscheidungen an solchen Orten, artikulieren sich entgegengesetzte Interessen und bauen die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen um. Wenn die «grosse Politik» so eng mit dem Alltag verknüpft ist, ihn formt und gestaltet, Erlebensweisen mit-organisiert, dann müssen die Frauen auch in die grosse Politik — sie waren es vor allem, die diesen Zusammenhang herausgearbeitet haben.

Rekapitulation theoretischer und politischer Praxen

«Das Persönliche ist politisch» — oder anders formuliert: Die Reproduktion der Herrschaftsverhältnisse ist alltäglich und findet im Alltag statt. So fing es an und war ein massenhaft getaner Schub von Entdeckungen, was alles «persönlich» ist, was zur «Person» gehört und die Person zum Subjekt (dem unterworfenen) macht.

Klassen-Patriarchats-Staats-Kirchen-Justizverhältnisse mit ihren unterwerfenden Wirkungsweisen für Frauen wurden theoretisiert, skandalisiert, politisiert. Die Frauen sassen (und sitzen) kaum in diesen Machtapparaten, sie kamen «von unten», lebten überwiegend in der societa civile (oder Kulturgesellschaft, wie wir Gramsci

Das Persönliche ist nicht politisch genug!

für uns übersetzen) und probieren dort kulturelle Revolution: Neue Diskussionsordnungen wurden in eigenen Veranstaltungen hergestellt (keine Leitung, keine Rednerinnenliste, alle waren aufgefordert, Zusammenhänge herzustellen); die Ordnung der Sprache wurde entziffert als eine, die die Geschlechtsherrschaft reproduziert; Quotierungen wurden durchgesetzt; Sonderregelungen für Frauen in gemischtgeschlechtlichen Organisationen (längere Redezeiten; separate Diskussionen); eine feministische Insubordinationskultur entstand: die traditionelle weibliche Kleiderordnung mit ihren sexualisierten

Aufforderungen wurde lächerlich gemacht, als «unfrei» und «unpraktisch» empfunden; Karate wurde ein Sport gegen männliche sexuelle Übergriffe; Häuser für geschlagene Frauen wurden aufgemacht; Frauen mit 40 gingen wieder zur Schule; alternative Medizin ermöglichte das Studium des eigenen Körpers; Umbau des Wissens und Aneignung (z.B. in Bildungszentren) war ein breiter Pfad, den viele schlugen. Die Revolutionstheorie, die mit einem «Subjekt» auskam, erfuhr durch die Frauen «Revisionen» umfangreicher Art, die Befreiung von der (ökonomischen) Ausbeutung reicht nicht aus — Emanzipation (Befreiung von allen Herrschaftsformen und -weisen) war das neue Stichwort.

Dass die Zugriffsweisen auf «Frauenfragen» dabei ganz unterschiedene waren, hatte eher einen antreibenden denn störenden Effekt. Den Feminismus — als theoretisches und politisches System — gibt es nicht; Feminismus war und ist eher eine Haltung und ein Standpunkt, der auf einem Bein unsicher steht und in Kombination mit seinem zweiten Bein — das wissenschaftlich in unterschiedlichen «Schulen», «Richtungen» steht — erst Sicherheit gewinnt. Als politische Handlungsaufforderung verbindet sich der Feminismus vielleicht durch den Satz: tu es selbst!

Die spontane Erkenntnis, dass die abstrakten Diskurse, die Absehung von den Frauen beinhalteten («der Mensch» und «man» verschlucken die Besonderheit ihrer Lebenspraxen) setzte sich in einen Betroffenheitsdiskurs um, der praktisch bedeutete, dass die Frauen dort ansetzten, wo sie lebten und dem Aspekt ihres Lebens, den sie als notwendig zu wenden wussten.

Im gleichen Zeitraum der letzten 15 Jahre entstand ein ziemlich umfangreiches Wissen über die Lebenspraxen der Frauen und Unterdrückungsweisen, das weniger theoretisch ausgeklügelt als praktisch «beweisend» eine Diskussion um dominante und untergeordnete Unterdrückungen zunächst ad absurdum führte. Da die Frauen sich selbst als «Subjekte» ins Zentrum rückten, hiess das, Formen von Selbsthilfe und Selbstveränderungen zu erfinden, um das Komplizenhafte (unter diesem Stichwort wird in Frankreich diskutiert), das Opfer-Täter-Dasein (so begann in der BRD die Diskussion) in Richtung auf Selbstbestimmung zu druchbrechen. Die praktische Erkenntnis, dass Frauen durch selbstverständlich gehandhabte Praxen wie die Einwilligung in die Pflicht der Kinderaufzucht, den Verzicht auf politische Eingriffe, die Delegation der «Weltangelegenheiten» an den eigenen Ehemann, die Aneignung der Sexualitäts-Anordnung, die die Frauen moralisch in eine weltabgewandte Körperzentriertheit bringt, selbst an der Wiederherstellung der alten Herrschaftsstrukturen mitarbeiteten, brachte mit der Empörung den Aufruhr. Die Frauen konnten auf sich selbst setzen — sie hielten mit ihren freiwilligen Unterwerfungen das System/die Systeme aufrecht, also lag an ihnen auch der Umsturz.

Autonomie und Separation waren Kampfbegriffe: unabhängig von bestehenden Organisationen und Parteien, allen Einrichtungen und ohne Männer sollten die Umwälzungen stattfinden. Feministische Kultur mit eigenen Kommunikationsorganen und -Wegen blühte auf, zog viele Frauen an, ermöglichte anderes Reden, die Zurkenntnisnahme von Neuem, schuf Lernstrukturen; innerhalb und ausserhalb war noch nicht abgesteckt, Formierungen, Szenenzusammensetzungen hatten gerade erst begonnen. Alle Frauen waren immer noch gemeint.

Nach 15 Jahren sieht diese Kulturlandschaft aus wie eine, die von Privateigentümern «gehütet» wird; Zäune steckten die Felder ab: Lesben, Körpergruppen, Bildungszentren, § 218-Gruppen taten sich in abschottender Weise zusammen und sind zugleich auch als «Vernetzerinnen» tätig (einige zumindest) für das von ihnen angegangene Problem. Im Bereich der Wissenschaften — wo Forschung direkt an eine Institution geknüpft ist — gibt es als Struktureffekt, dass Frauen, die es endlich «geschafft» haben, durchschnittlich Einzelkarrieren anbahnen, während eine breite Masse von Studentinnen mehr oder minder alleine versucht, feministische Wissenschaft zu betreiben. Dass es Ausnahmen gibt zeigt z.B. das Projekt Frauengrundstudium. Jetzt gibt es viele Innen und Aussen und das «Ausserhalb» der Frauenkultur(en) ist zum Kampffeld von Feministinnen, Frauenbewegung, Organisierten, Autonomen geworden: Indem die Frauenbewegten nicht an einer Frage, an einem Hautpwiderspruch sitzt und ihn bearbeitet, muss sie viele Zentren, viele Fragen, viele «Identitäten» haben. Die Kämpfe gehen zudem an verschiedene Adressen: Männer, Kapital, Patriarchat, Staat, Justiz und gegen strukturelle Verhinderungen. Es hat also viele Feinde, viele Kämpfe, viele Strategien.

Ein globaler Blick auf die frauenbewegten Felder bringt als Eindruck, dass die Streite und Identitäten — um Wesens-

gleichheiten, die ausgewiesen werden können — in jeder Gruppe für sich selbst gefochten werden. Die Absehung von dieser Aktivität auf die Resultate bringt nach dem Getrennten und Zersplitterten eine Lehre: alle beziehen sich implizit auf eine der grossen Trennungen in unserer Gesellschaft — der von öffentlich und privat. Im öffentlichen Raum werden die Bedingungen für den privaten geschaffen in der Form kontrollierender Einmischung, die die Grenzen befestigt. Die Opposition privat-öffentlich gibt faktische Trennungen an: die Abschottung der Privatsphäre vor der Öffentlichkeit ebenso wie die «Entprivatisierung» des öffentlichen. «Das Persönliche, das Private ist politisch», diese These behauptet, dass im Privaten — eben durch seine getrennte Konstituierung — Politik stattfände und im privaten Leben selber gesellschaftliche Verhältnisse reproduziert würden. Die Absehung vom Persönlichen und Privaten ist demnach selber eine Form der Politik, die die Erfahrungen der Vielen als eigenes Feld für irrelevant erklären, in ihrer Brisanz entnennt und daher dienlich für die Reproduktion des Gesamtsystems ist. Die Frauenbewegung schlug insofern eine umgekehrte Politik vor als die Linke, aus der sie kam, indem sie die Effekte privatwirtschaftlicher Produktion auf die Lebensweise zu verändern empfahl. So rückte sie die Bereiche der Kultur, Ideologie, «Subjektwerdung» in den Vordergrund mit der impliziten Behauptung, dass Veränderungen in diesen Bereichen sowohl möglich seien als auch einen destabilisierenden Effekt auf das Gesamtsystem hätten.

Um die Kontrolle dieser Effekte geht es jetzt nach 15 Jahren, d.h. auch um grössere politische Handlungsfähigkeit. Implizit ist die Frauenbewegung im besten Sinne materialistisch, indem sie die Wirklichkeit, die Sinnlichkeit «als sinnlich menschliche Tätigkeit, Praxis» begreift und «subjektiv» (1. Feuerbachthese, MEW 3, S. 5). Was die politischen Eingriffe so beschränkt, ist das Fehlen der Formanalyse, der Zergliederung des «gegliederten Ganzen». Oder anders: die Untersuchung und die Veränderung der «Anlage», des Rahmens, in dem die Praxen realisiert werden.

Dass die Frauen versuchen, die Gruppen als sich selbst identifizierende Subjekte zu konstituieren, ist die Bedienung der Anlage, ist eine Subjektion, eine Unterwerfung unter bürgerlicher Denkformen. Obwohl doch die Bereiche der Politik und Kultur je eigene Gesetze haben, wirkt durch die Parteiförmigkeit der gesellschaftlichen Interessenvertretung bis in die kulturellen Aktivitäten das «Gesetz» der Wesensbestimmung: um zu «sein» müsse man ein Identifizierbares haben, ein Wesen in sich bergen. Dieses nur abstrakt festhaltbare «Nicht-Identische» macht die Frauenbewegung einerseits so stark und lebendig, andererseits auch vereinnahmbar von rechts. Aber sie wirkt auch gegen diese Denkformen schon praktisch antiideologisch, indem sie auch alte Identitäten mitinfragestellt (z.B. die der Parteien), indem sie sich zur gesellschaftlichen Anordnung wie zu einem «Aussen» verhält und Gesellschaftsveränderung im Vollzug der Selbstveränderung betreibt.

Eine politische Aufgabe beinhaltet demnach die Bündelung der Vielfalt, die Beibehaltung der Dezentralität und braucht einen Vorschlag für neue Zusammenschlüsse, nicht für neue Einheiten.

Weiberräte und parlamentarische Frauenpolitik

Die bunt-grün-Alternativen haben sicherlich von der Frauenbewegung gelernt — aber/und in der Umkehrung ist es auch so; «mit der Befreiung von alten Doktrinen, der vergnüglichen Erkenntnis unserer fliessenden Identitäten und der Möglichkeit, neue politische Realitäten zu bauen — wie im Falle der komplizierten, wunderbaren und widersprüchlichen Praxen der «Grünen» in der BRD... —, gehen neue komplexere Probleme einher. Die materiellen Grundlagen unseres zunehmend fliessenden Zustandes hängen aufs engste zusammen mit den Grundlagen für ganz neue Herrschaftsstrukturen in Staat, Militär, Industrie, sexueller und imperialistischer Ordnung. Klasse, Rasse und Geschlecht werden neu entworfen in multinationalen, wissenschaftlich gestützten Ausbeutungsverhältnissen; die Auswirkungen reichen bis in unsere intimsten Lebensbereiche im Alltag und beeinflussen die Worte und Bilder, nach denen wir leben und uns die Welt erklären», schreibt die Biologin Donna Haraway[1]. Sie fordert dazu auf, dass die Frauen sich an der Um-Ordnung der Gesellschaft, den Wissensproduktionen beteiligen, indem mit den linken Organisationen, Wissenschaftlern zusammengearbeitet wird, aber ohne dass (politische) Einheit durch Herrschaft oder Inkorporation erzwungen wird. Also autonome Frauenorganisation, oder, besser: eine neue Organisierung der Frauenbewegung. Indem es innerhalb der Frauenbewegung keine gemeinsamen Wege, Ziele und es keinen zweibeinig gemeinsam einnehmbaren Standpunkt gibt, müssen wir den Gedanken der Einheit aufgeben zugunsten einer in Form gegossenen Vielheit.

Wir brauchen einen Rahmen, in dem zwar alle an ihren bisherigen Plätzen forschen und arbeiten, der es uns aber erlaubt, gemeinsam Aufgaben zu stellen, sie zu diskutieren und anzugehen. Indem die Vielfältigkeit nicht einfach parallel existiert, sondern sich bündelt, zusammentritt, neue Wissensproduktionen und -verteilungen ermöglicht und eine «Konvergenz in der Differenz»[2] schafft, würde sie zur Stärke.

Wie nun? Wir haben an der Stelle, wo die Grünen mit basisdemokratischen Modellen machtpolitisch eingreifen, eine Lehre gezogen: Basis wirkt wie ein Zauberwort — es tut so, als wäre Basis schon etwas Festes, etwas, worauf man bauen kann. Sie wird behandelt wie ein arbeitsfähiges Organ und ist es doch häufiger eher nicht. Für diese Nahtstelle schlagen wir die Weiberräte vor, als eine Selbstorganisierung der Basis, in unserem Fall der verschiedenen Frauengruppen-Organisationen und Einzelnen. Weiberräte in jedem Dorf, in jeder Stadt, ein Netz durch die BRD und über sie hinaus.

Warum dieses nicht unbedingt positiv besetzte Wort «Weib»? Jede «Jungfrau, Magd, Dame, Schwester, jede Frau ist ein Weib» — nicht jedes Weib jedoch bezeichnet alle vorgestellten Bedeutungen. Ein Blick ins Grimmsche Wörterbuch (19. Jhd.) belehrt uns: Mit Sicherheit sei nicht auszumachen, was die Grundbedeutung von Weib sei. Eine Annäherung biete das althochdeutsche «Wib» (weben = hantieren), das mit «die Geschäftige» übersetzt wird. Walther von der Vogelweide hing dem Wort «Weib» leidenschaftlich an als «natürliche Benennung» des Nicht-Mannes. Ledige, Verheiratete, Junge und Alte, selbst die reiche und vornehme Frau darf noch Weib heissen. «Vom Weib ist die Rede, wo sich der Gedanke an die soziale Schichtung verbietet» (Grimm). Im Weib ist das Gemeinsame über die Klassenfrage hinweg in spezifischer Weise enthalten. Bleibt die Frage, welche Spezifik es ist. Durch die Jahrhunderte hindurch meint Weib das Geschlechtliche des Körpers, selbst als Versprechen «dass körperlich ausgedrückt noch manches (wird), was schon geistig und seelisch gemeint ist» (Grimm). Das Weib bezeichnet — anders als bei Männern — einen Stoff, aus dem noch etwas wird, eine Frau, d.h. ein Wesen mit «sittlichem Anspruch». So riefen wir dazu auf, dass alle zusammenkommen sollten: Waschweiber und schöne Weibsbilder, Klatsch- und Flintenweiber und «Weibergemeinschaften» in Form von Räten bilden.

Wir suchten einen Namen, der die Frauen als Unterdrückte bezeichnet und dies dennoch ambivalent ist. Das Wort «Weib» ist vieldeutig verehrend, aber zumeist erniedrigend, vor allem die Nichtigkeit betonend und immer sexuell gefärbt. Seine Verwendung als Kampfbegriff hat zudem in der Frauenbewegung Tradition.[3]

Die Weiberräte stellen wir uns als Möglichkeit vor, sich innerhalb der Kulturgesellschaft zusammenzuschliessen und sowohl in als auch durch diesen Zusammenschluss zugleich Arme in staatliche, ideologische, juristische Apparate/Institutionen wachsen zu lassen. Vordringlich scheint uns eine Parlamentarisierung der Frauenpolitik, die einhergeht mit Wissenskumulation und Verständigung über das, was Frauenpolitik sein kann, noch ist sie eher eine Leerstelle. Sollten wir «von unten» nicht eingreifen, wird das auch so bleiben, denn es gibt nicht genügend Frauen im Parlament, die die Frauenfragen in allen Bereichen verfechten und alle Bereiche auch durch die Geschlechterverhältnisse konstituiert sehen. Antje Vollmer (Die Grünen) z.B. antwortet auf die Frage nach dem politischen Programm: «Die inhaltlichen Schwerpunkte des nächsten Jahres werden die sein, die wir schon vorher beschlossen hatten, das ist einmal Ökologie, Naturzerstörung und ein Programm zur umfassenden Entgiftung unserer Umwelt. Zum anderen ist es der Schwerpunkt «Orwell-Jahr», der beinhaltet eine konkrete Kritik an den neuen Technologien und den Methoden des Überwachungsstaates. Beide Aspekte werden von uns damit verbunden werden, was das konkret für Frauen bedeutet.»

Ich halte das für die Umgebung der zentralen (Frauen-)fragen und ihr Anhängen an die grossen gesellschaftlichen Proble-

me. Die Auswirkungen zu studieren, ist sicher auch nützlich, aber in einem so vorgefassten Programm eher passivierend. Es gibt keine fertigen Antworten, aber vieles, was wir brauchen. Donna Haraway hat es auf folgende Aufzählung gebracht: feministische Ethnografien wissenschaftlicher Praxis, einen kulturtheoretischen Zugriff auf die sich umbrechenden entwickelten Technologien, Entwürfe feministischer Wissenschaften, Organisationen, die sich selbst sozialistisch-feministisch nennen sollten, eine kohärente Wissenschafts- und Technologiepolitik entwickeln und «Nationale Frauenorganisationen müssten eine feministische Wissenschafts- und Technologiepolitik für die Wahlen entwickeln.»[4] Der Cheftheoretiker der SPD — Peter Glotz — hält von sechs Schlüsselfragen, den «Zusammenbruch des Patriarchalismus» für eine und folgert daraus, dass die «Linken sich zu einer neuen Frauenpolitik bequemen müssen»[5]. Er selbst hat sie auch nicht, konstituiert aber durch solche Aufforderungen und/oder Mahnungen den Kampfplatz «Frauenpolitik» mit.

Die krisenhaften Brüche, die in den letzten Jahren national und international, stattfanden, sind von den Linken, den sozialistischen Feministinnen, den Marxist/innen weder theoretisch noch politisch-praktisch genügend be- und verarbeitet worden. Die Aufgaben sind zu gross; Zusammenschlüsse wie Weiberräte sind notwendig oder zumindest steckt in ihnen die Möglichkeit. Für die Bundesrepublik sehe ich im Augenblick drei Möglichkeiten für Frauen, sich parlamentarisch zu verdanken und die basisdemokratische Tradition beizubehalten (sie müssen diskutiert und besser noch praktiziert werden):

1. die Herstellung eines feministischen Linksblocks ohne organisierendes Zentrum. Weiberräte erstellen eine Liste mit denjenigen Frauen aus den Parteien, von denen sie (begründet) annehmen können, dass sie Frauenpolitik und -interessen im Parlament vertreten. Diskussionen zwischen Weiberräten und Parlamentarierinnen kämen zustande, Wissen würde vermittelt, Unterstützungen könnten geplant werden. Druck von aussen ermöglichte Quotierungsforderungen — auf diese Weise könnten Möglichkeiten und Grenzen einer zunächst einmal quantitativen Politik erprobt werden.
2. die Anbindung an die Grünen — deren Profil noch das unfixierteste ist. Sie gründeten zwar selbst schon einen «Weiberrat», dem aber fehlt die Basis und auch noch die «Füllung», heisst: das Konzept. Problematisch scheint mir die Anbindung an eine Partei, andererseits ist diese Partei selbst vernetzendes Zentrum und insofern weniger «parteiförmig» (soll sagen: mit einem Wesen ausgestattet) als die anderen.
3. Die Weiberräte stellen eigene Listen auf und kandidieren für Kommunal-, Landes- und Bundesparlament(e).

Vielleicht gibt es weitere Vorschläge, schon Erprobtes, neue Lehren — wir werden zuhören und diskutieren müssen und gleichzeitig alles tun. Oder um es mit Volker Braun zu sagen, gekonnt um die Ecke biegen und ruhig erklären, dass wir die Richtung beibehalten.

Kornelia Hauser

1 Donna Haraway: Lieber Kyborg als Göttin! Für eine sozialistisch-feministische Unterwanderung der Gentechnologie, in: 1984, Argument-Sonderband (AS) 105, Berlin 1984, S. 67
2 ein Begriff, den W.F. Haug in «Strukturelle Hegemonie» bildete, in: Das Argument 129, Berlin 1981
3 der Teil über das Weib ist dem Band Geschlechterverhältnisse und Frauenpolitik, Argument-Sonderband 110, Berlin 1984
4 Donna Haraway in Frauengrundstudium 1 + 2 (Argument-Studienhefte 44 und 57) s. 78 u. 79
5 Peter Glotz: «Keine Angst vor Wünschen» in: Der Spiegel, 19.3.84

Die Weiber diskutieren auch in Zürich über Räte

«Frauen-Macht-Politik» hiess das Thema der Veranstaltung im Mai dieses Jahres, an der sich über 30 Frauen im Zürcher Frauenzentrum zu einem Diskussionsabend mit Frigga Haug (Berlin) und Kornelia Hauser (Hamburg) trafen. Beide Frauen sind Mitglied einer autonomen Organisation, des «Sozialistischen Frauenbundes». Im Zentrum des Gesprächs stand an diesem Abend unser Verhältnis zu Macht, besonders zu politischer Macht. Nach einem Einführungsreferat über ihre bisherige Arbeit in Wissenschaft und Politik (siehe Literaturliste am Schluss) und einem zusammenfassenden Bericht über die Frauenkämpfe in den vergangenen 15 Jahren, versuchten Frigga und Kornelia die Idee der «weiberräte» vorzustellen.

Frauen sind in unterschiedlichen Bereichen tätig: Sie engagieren sich für ihre Anliegen in gemischten Organisationen wie Parteien und Gewerkschaften. Als Initiantinnen von Frauenprojekten arbeiten sie in autonomen Gruppen. In diesem Zusammenhang taucht auch bei uns die Frage nach der Vielfalt oder Zersplitterung der Frauenbewegung(en) auf. Der Frauenfragen gibt es viele, ebenso zahlreiche Bewegungs- und Organisationsformen, und in diesem Sinne keine «Einheit». Die neue Frauenbewegung hat den Alltag in den eigenen vier Wänden und die Beziehungen zwischen den Geschlechtern zum Gegenstand ihrer Politik gemacht: «Die Politik (Staat) regelt das Private und insofern ist das Private politisch.» Doch die «grosse» Politik wird immer noch fernab von Frauen und zumeist ohne uns betrieben. Machtbereiche, wo für unser Leben eingreifende Entscheide gefällt werden, sind den Männern vorbehalten, — nicht zuletzt weil Frauen selber Einflussnahme und Macht verweigern.

Mit dem Weiberrats-Konzept ist in Berlin und Hamburg der Versuch gemacht worden, die bisherigen Frauenpolitiken zu vernetzen und die Vielfalt der Frauenbewegung(en) als Chance zu nutzen. Denkbar sind solche Räte der Weiber auf lokaler oder regionaler Ebene und — einen grossen Schritt weiter — sogar als internationale Zusammenschlüsse. Im Verlauf der Weiberrats-Diskussion wurde zuerst Skepsis laut. Fragen nach der zusätzlichen Belastung zu den bestehenden Frauenaktivitäten und nach der Verständigung über die gemeinsame dritte Sache innerhalb der verschiedenen, zum Teil entgegengesetzten Frauengruppen. Seien es Weiberräte oder andere Formen der Kooperation wurden geäussert. Fest steht, — auch als Ergebnis dieses widersprüchlichen und vielfältigen Diskussionsabends — dass in breiten Kreisen der Frauenbewegung ein Bedürfnis nach Auseinandersetzung über unsere Arbeit, unsere Utopien und das Kräfteverbinden besteht.

Die Diskussion über Weiberräte fand im Juni ihre Fortsetzung im Rahmen einer Radiosendung des Alternativen Lokalradios, Lora. Vier Frauen aus verschiedenen Bewegungsrichtungen konkretisierten ihre Hoffnungen und Bedenken in Bezug auf Weiberräte. Diese Sendung soll im Oktober wiederholt werden. Anlass dazu bietet das *erste Lernfest der Zürcher Volksuni,* das vom *16. bis 18. November 1984 im Industriequartier-Zürich* stattfinden wird. Geplant ist eine weitere Veranstaltung zu den Weiberräten, an der Frauen aus Hamburg und Berlin über ihre Erfahrungen berichten werden. Voneinander und miteinander lernen können wir, wenn möglichst viele von Euch aktiv eingreifen. Frauen die mehr wissen wollen oder sich an den Vorbereitungen beteiligen möchten, erreichen uns über: *ZÜRCHER VOLKSUNI, Postfach 3376, 8031 Zürich.*

Christine Groll